

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe Leser,

In diesen Tagen wird von allen Seiten eine recht düstere Zukunft gemalt. Und tatsächlich sind die Probleme enorm. Nicht nur unsere heimische Landwirtschaft, unser Gesundheitswesen und unser Mittelstand klagen zurecht über schlechte Rahmenbedingungen, welche die Regierung in Berlin zu verantworten hat. Da ist es nur allzu verständlich, dass der Frust groß ist.

Aber anstatt sich enttäuscht von der Demokratie abzuwenden oder gar extreme Parteien zu wählen, gibt es auch einen anderen Weg. Wir von der Bayernpartei sind fest davon überzeugt, dass unter anderem mehr Mitbestimmungsrechte für die Bürger zu einer besseren Politik führen können. Das Prinzip der Subsidiarität bedeutet die Entscheidungen, wo immer nötig, sinnvoll und umsetzbar, auf der stets möglichst niedrigsten Ebene zu treffen. Damit wären die Menschen viel besser mit einbezogen und könnten, anstatt sich frustriert zu zeigen, ihre Lösungsansätze zum Wohle aller umsetzen.

Wenn man diesen Gedanken weiterverfolgt, kommt man automatisch auf die Grundforderung der Bayernpartei: Nämlich die eines freien Bayerns in einem gemeinsamen Europa.

Ihr

Florian Weber

Parteivorsitzender



Die Demokratie fördern - wirklich?

Es gibt Dinge, die hören sich so gut an, dass eigentlich niemand etwas dagegen sagen kann. Eines dieser Dinge ist das neue Demokratiefördergesetz, das auf eine Initiative von Bundesfamilienministerin Paus und federführend Innenministerin Faeser zurückgeht.

„Demokratie“ – wir sind doch alle Demokraten! Und „fördern“ – wer könnte dagegen sein, die Demokratie zu fördern? Ganz so einfach ist es bei genauerem Hinsehen aber doch nicht.

Nicht richtig ist freilich auch die Befürchtung mancher Gegner, dass dieses "Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung", wie es mit vollem Namen genannt wird, die Demokratie quasi abschaffen will.

Denn im Grunde ist das Demokratiefördergesetz ein reines Finanzverwaltungsgesetz. In den bemerkenswert wenigen Normen, gerade einmal acht inhaltliche Paragraphen mit zusammen 17 Absätzen, wird kaum etwas Neues geregelt. Ein bürokratisches Internum, das normalerweise kaum einen Bürger interessiert.

Gefördert wird die Demokratie nach dem Ansatz dieses Gesetzes vor allem dadurch, dass private Einrichtungen gefördert werden. Organisationen, die nach ihrem Selbstbild und nach nicht näher ausgeführten Kriterien die Demokratie stärken sollen, erhalten Geld. Das ist grundsätzlich eine ganz neutral ausgerichtete Förderung. Welchen politischen Einschlag solche demokratiefördernden Organisationen aber tatsächlich überwiegend haben, weiß jeder, der schon einmal mit „Faktencheckern“ in Sozialen Medien zu tun hatte.

Das Geld legt das neue Gesetz nicht selbst fest, sondern überlässt es den Ministerien und dem Haushaltsgesetz. Diese Gelder steigen Jahr für Jahr und mittlerweile können sie gar nicht mehr genau erfasst werden.

So gesehen bräuchte es das Gesetz gar nicht, denn die Mittelverteilung funktioniert ja bisher auch schon. Die zentralen Anliegen des Gesetzes befinden sich darum auch gar nicht im Gesetz selbst, sondern werden nur in politischen Stellungnahmen offenbart. Beispielsweise soll die Förderung auch über die Legislaturperiode hinaus sichergestellt werden. Von einer solchen Rechtssicherheit können Steuerzahler, Unternehmen und ganz normale Bürger meist nur träumen. Die Koalition will die ihr gewogenen NGOs aber natürlich davor schützen, im Falle einer Abwahl plötzlich auf dem Trockenen zu sitzen.

Ist es nun wirklich so schlimm, dass hier eine Förderung formalisiert und quasi „versteint“ wird? Ja, das ist es. Denn diese finanzkräftigen Organisationen mischen sich natürlich im Rahmen ihrer demokratiefördernden Tätigkeit maßgeblich in den politischen Diskurs ein. Die regierungstragenden Parteien finanzieren ihre eigenen Sprachrohre.

Ihr

Thomas Hummel

Generalsekretär der Bayernpartei

Liebe Mitglieder,

2024 wird das Jahr der Reformen für unsere Partei.

Wie versprochen, angekündigt und auch längst überfällig, müssen wir alle miteinander anpacken, um unsere Partei zukunftsfähig zu reformieren. Die Bayernpartei wird dabei zu einer „Mitmach-Partei“. Innerhalb dieses Prozesses wollen wir Euch aktiv um Eure Vorschläge und Ideen bitten.

Ebenso sollen weite Teile der Partei mit eingebunden werden: jedes Mitglied ist herzlich dazu aufgefordert, hier seine Ideen an uns über reformen@bayernpartei.de zu übermitteln. Eine hierfür gebildete Reformkommission, in welcher auch die Parteibezirke mitwirken werden, wird Eure Vorschläge sammeln und auch die Arbeitskreise, welche für die Programmatik und die fachlichen Stellungnahmen in unserer Partei zuständig sind, mit einbinden.

Auch die jeweiligen Arbeitskreise, „Eigenstaatlichkeit“, „Bildungs- und Kulturpolitik“, „Land- und Forstwirtschaft sowie Jagd und Fischerei“, „Energie- und Wirtschaftspolitik“, „Familienpolitik und Soziales“, können durch interessierte und tatkräftige Neumitglieder in den Arbeitskreisen, sehr gerne verstärkt werden.

Die Ergebnisse der Beratungen der Reformkommission werden dann an den Landesvorstand weitergeleitet. Dieser bereitet sie für einen Parteitag auf, auf welchem wiederum darüber demokratisch abgestimmt werden wird.

Durch diesen Prozess ist gewährleistet, dass Reformen von vielen Mitgliedern auf vielen Schultern in unserer Partei mitgetragen werden können und sollen. Ebenso kann dadurch sichergestellt werden, dass



Organigramm des Reformprozesses

die Meinungen, Ansichten, Ideen sowie inhaltliche und sachliche Vorschläge eines jeden einzelnen Mitgliedes der Bayernpartei Gehör finden werden.

„Macht’s alle mit - dann wead’s a wos!“



Herzlichst

Euer

Christian Müller

stellvertretender Landesschatzmeister

Ausschussitze: Bayernpartei gewinnt klar vor dem Verwaltungsgericht

In der Gemeinde Bad Aibling (Landkreis Rosenheim) hatte sich der Bayernpartei-Stadtrat Florian Weber mit der ÖDP-Vertreterin zu einer Ausschussgemeinschaft zusammengeschlossen. Sinn dieser Ausschussgemeinschaft ist es, gemeinsam Vertreter in die Stadtratsausschüsse zu entsenden, um dort gezielt die Belange der Bürger wahrzunehmen.



Angesichts einer jüngst geänderten Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs war die Stadt dann im Jahr 2023 der Meinung, dass diese Ausschussgemeinschaft nicht mehr zulässig sei und der Ausschusssitz nunmehr der AfD zustehe. Auch das Landratsamt als die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde bestätigte diese Ansicht. Der Stadtrat stimmte fast einstimmig für die Umbesetzung.

Daraufhin erhob Florian Weber Klage vor dem Verwaltungsgericht München, um die ursprüngliche Regelung wiederherzustellen.

Das Verwaltungsgericht gab ihm im Eilverfahren Recht. Es gebe keinen vorrangigen Anspruch der AfD auf den Ausschusssitz, die Ausschussgemeinschaft sei daher zulässig und der Stadtrat verpflichtet, die entsprechenden Sitze der ÖDP bzw. der Bayernpartei zuzuweisen.

Die Stadt Bad Aibling hat die zunächst gegen den Beschluss eingelegte Beschwerde zurückgenommen, das ganze Verfahren

insgesamt für erledigt erklärt und alle Kosten von Florian Weber übernommen. Die Sache ist damit rechtskräftig abgeschlossen, die Ausschussbesetzung ist endgültig.

Rechtsanwalt Thomas Hummel, der die Bayernpartei als Spezialist für kommunales Verfassungsrecht vertreten hatte, äußerte sich zur Entscheidung: „Dieser Beschluss ist sowohl politisch als auch juristisch sehr erfreulich. Er zeigt aber einmal mehr, dass unsere Mandatsträger nicht alles hinnehmen müssen, was der Bürgermeister oder der Landrat, unter Berufung auf höhere Instanzen, als schlicht alternativlos darstellen.“

Bei rechtlichen Unklarheiten im kommunalpolitischen Betrieb sind alle Mandatsträger, Kandidaten und Mitglieder der Bayernpartei herzlich eingeladen, sich an die Landesgeschäftsstelle zu wenden, um die Angelegenheit zu klären und ggf. professionellen Rat einzuholen.

Politischer Aschermittwoch in Vilshofen



Am 14.02.2024 kamen zahlreiche Mitglieder nach Vilshofen, um im sehr gut besuchten Wolfertetter Keller den gehaltenen Reden zu lauschen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Anton Maller, unserem Bezirks- und Kreisvorsitzenden aus Niederbayern. Florian Weber sprach davon, dass die Ampelregierung die Interessen der Bürger nicht wahrnehme und am eigenen Volk vorbeiregiere. Die derzeitige Unzufriedenheit der Bürger mit unseren Bundespolitikern nehme dagegen von Tag zu Tag immer mehr zu.

Unser Generalsekretär Thomas Hummel nahm auf satirische Art und Weise, ganz im Stile eines Rudi Sedlmayers, die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation aufs Korn. Hubert Dorn ging in seiner Rede darauf ein, dass wir auch eine unausgeglichene Politik der EU seitens Brüssels und Straßburgs haben. So stehe beispielsweise ein totales Versagen in der Migrationspolitik sowie einer gemeinsamen Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik einem überbordenden und gänzlich unnützem Regulierungswahn gegenüber. In einer, wie gewohnt und erwartet, brillianten Rhetorik wettete er über die EU:

„Da wo mas brauchen ham mas ned und da wo mas haben brauch mas ned!“



Gleichwohl betont Dorn, dass Bayern immer schon für Europa war und für dessen Zusammenhalt einstehe, allein schon deswegen, da man dadurch das „deutsche Konstrukt“ etwas umgehen könne.

Die guten Beziehungen Bayerns, zu Österreich, Tschechien, Südtirol und vielen anderen zeigen, dass wir keinen deutschen Nationalismus, sondern ein Europa der Regionen brauchen. Europa soll sein und es muss sein!



Die Reden können auf unserem Youtube-Kanal www.youtube.com/@BayernparteiTV in voller Länge aufgerufen werden.

besserfuer.bayern

Seit Anfang diesen Jahres haben wir eine eigene Kampagnenseite unserer Partei, welche wir Euch gerne an dieser Stelle vorstellen möchten.

Unter <https://besserfuer.bayern> findet sich, ergänzend zu unserer Homepage, ein Überblick zu aktuellen Aktionen, politischen Veranstaltungen und unseren Kampagnen. Dadurch wollen wir zweierlei Ziele gleichermaßen verfolgen: einerseits eben auf unsere Aktivitäten hinweisen, aber auf der anderen Seite auch über die Tätigkeiten der Partei und unserer Mitglieder zu informieren und die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme bieten. Es ist uns dabei besonders wichtig zu betonen, dass unsere Partei nicht nur vor Wahlen, sondern auch im Alltag in Erscheinung tritt und aktiv ist. Und dies auf vielfältige Art und Weise: egal ob an den Infoständen, der Teilnahme an den Bauernprotesten,

der Organisation von Diskussionsrunden, von Schafkopfturnieren, Stammtischen oder Vielem mehr. Anhand des auf der Kampagnenseite verknüpften Kalenders kann jeder Aktionen in seiner Region einsehen und daran teilnehmen. Sehr gerne könnt Ihr auch selbst eigene Veranstaltungen einstellen oder uns kontaktieren.

Gerade nach dem deprimierenden Ergebnis der Landtagswahl ist es uns ein großes Anliegen unseren Mitgliedern aufzuzeigen, dass es mit der Bayernpartei nicht nur weitergeht, sondern dass wir zuversichtlich in die Zukunft blicken!



Infostand München



Infostand Aschaffenburg



Infostand Rosenheim



Diskussionsabend in Grafing

Unser „Freies Bayern“ ist das offizielle Organ der Bayernpartei

Herausgeber und Anschrift der Redaktion:

Bayernpartei e.V., Baumkirchner Straße 20, 81673 München

Telefon: 089/452442700, E-Mail: post@bayernpartei.de, Homepage: www.bayernpartei.de

Redaktion: Thomas Hummel, Markus Wagner, Florian Weber (ViSdP)

„Freies Bayern“ und die enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Texte dürfen ausschließlich unter Angabe der Quelle oder für die Berichterstattung über die Bayernpartei frei verwendet werden. Für den Abdruck von unverlangt zugesendetem Material wird keine Haftung übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Abbildungen: sämtliche Fotos und Abbildungen Bayernpartei



www.bayernpartei.de



<https://besserfuer.bayern>